

Soziale Gleichheit und Gerechtigkeit in Eritrea Nieder mit dem diktatorischen Regime !

ማሕበራዊ ማዕርነትን ፍትሕን ኣብ ኤርትራ ውድቀት ንዲክታቶርያዊ ጭፍራን!

Zehntausende von jungen Menschen sind auf der Flucht vor der Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Eritrea. Täglich gibt es willkürliche Inhaftierungen, Geheimverfahren, spurloses Verschwinden durch das Unterdrückungssystem Isayas Afewerkis und der PFDJ.

Eritrea hat sich in 27 Jahren Unabhängigkeit von einem Modell der Befreiung in ein Modell der Unterdrückung und ein großes Gefängnis verwandelt. Sogar Reisen durch das Land enden meist zehn Kilometer außerhalb der großen Städte an Straßensperren. Die Bewegungs- und Reisefreiheit wird durch die Sicherheitsorgane des Regimes in hohem Maße beeinträchtigt. Man muss eine Art Inlands-Visum beantragen, um sich von einem Ort zum anderen bewegen zu können. Auslandsreisen sind für eritreische Männer und Frauen zwischen 16 und 47 Jahren nur mit staatlicher Sondergenehmigung erlaubt, damit sich niemand dem Militärdienst entzieht.

Seine Meinung öffentlich zu äußern, ist in Eritrea gefährlich. 1994 verkündete die damalige Übergangsregierung von Ato Isayas Afewerkis, dass keine Parteien mehr zugelassen werden. Im Jahr 2001 wurde das Recht auf freie Meinungsäußerung massiv beschnitten und Kritik an der Regierung unterdrückt. Unabhängiger Journalismus, nicht eingetragene Religionsgemeinschaften und jegliche zivilgesellschaftliche Betätigung sind in hohem Maße eingeschränkt. Wer als Kritiker der Regierung gilt, kann ohne Gerichtsverhandlung lebenslang inhaftiert bleiben.

Am 18. September 2001 erfolgte die Verhaftung der „G-15“ [Hohe Mitglieder der Regierung] sowie die Schließung aller privaten Medien und die Inhaftierung von 30 Journalisten; einer davon ist Dawit Isaak aus Schweden.

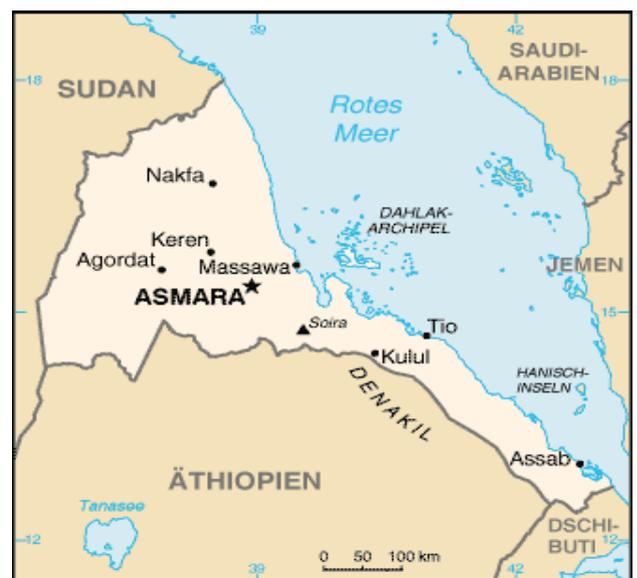
Über 20.000 politische Häftlinge sind wegen ihrer politische Meinung inhaftiert. Zahlreiche Gefangene sind wegen Ihre Glaubens inhaftiert; Abune Antonios der Patriarch der Orthodoxen Kirche ist einer davon und alle werden ohne Anklage und Gerichtsverfahren festgehalten.

Auch Schulen & Krankenhauseinrichtungen von eingetragenen Religionsgemeinschaften, die der Bevölkerung zugutekamen, sind systematisch geschlossen worden. Seit kurzem sind die letzten 21 gesundheitlichen Einrichtungen der katholischen Kirche mit Gewalt – ohne Rücksicht auf die

Patienten – geschlossen worden, nachdem die katholischen Bischöfe in Eritrea an Ostern einen offenen Brief veröffentlicht haben, in dem sie unter Umgehung der Zensur Gewalt und Ungerechtigkeit im Land beschreiben und Reformen einfordern.

Die Universität von Asmara wurde 2005 geschlossen und durch technische Hochschulen ersetzt. Das höhere Bildungswesen ist hochgradig militarisiert. Die 2003 eingeführte 12. Sekundarschul-Abschlussklasse wird als Teil des Nationaldienstes in der War-say-Yekaelo High-School im Militärtrainingslager Sawa unterrichtet. Die Militarisierung der eritreischen Gesellschaft hat in erschreckendem Maße zugenommen.

Etwa 75 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Trotzdem müssen Nahrungsmittel importiert werden, da etwa 50 % der Personen in den Militärdienst eingezogen werden und daher als Arbeitskräfte in allen Wirtschaftsbereichen vor allem im Handwerk und in der Landwirtschaft fehlen



Der im Mai 1998 verkündeten Ausnahmezustand und die damit verbundene unbegrenzte Dauer der nationalen Dienstpflicht (Wehrpflicht) wird weiter aufrechterhalten. Die Pflicht zur Ableistung des Nationaldienstes gilt heute für Männer bis 67 und Frauen bis 57 Jahre.

Für Frauen sind die Bedingungen in den Ausbildungslagern besonders hart: Sie sind dort u. a. auch vielfältigen Formen sexualisierter Gewalt ausgesetzt.

Die Dienstverpflichteten werden als billige Zwangsarbeiter_innen, als Bauarbeiter_innen für Regierungsprojekte und in den staatlichen Goldminen ausgebeutet – mit einem monatlichen Lohn von 400 Nakfa, das entspricht ca. 8 EUR.

Ein verfassungsmäßiges Recht auf Wehrdienst-Verweigerung gibt es in Eritrea nicht. Wer sich dem Militärdienst entzieht, wird mit Gefängnisstrafe bedroht. Fahnenflüchtige und Personen, die sich der Einberufung entziehen, werden schikaniert, ins Gefängnis gesteckt und misshandelt. Das gilt zum Teil auch für ihre Familien. Es wird über Folterungen von inhaftierten Wehrdienstverweigerern und Deserteuren in inoffiziellen und vielfach unterirdisch angelegten Gefängnissen berichtet. Verhaftete Frauen müssen immer wieder Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe über sich ergehen lassen. Inhaftierte, so hört man ebenfalls, werden in viel zu enge, überhitzte Metallcontainer gesperrt.

Eine besonders perfide Methode der Folter ist es, Gefangene an Händen und Füßen auf dem Rücken gefesselt und mit dem Gesicht auf der Erde tagelang nackt oder kaum bekleidet der brütenden Sonne und der nächtlichen Kälte auszusetzen.

Vielen Eritreern bleibt bis jetzt nur die Flucht. Viele von ihnen – vor allem junge Menschen – flüchteten bereits nach Äthiopien, Kenia, Uganda und in den Sudan. Zehntausende versuchen sich mit seeuntüchtigen Booten über das Mittelmeer nach Europa in Sicherheit zu bringen. Unzählige sind dabei im Mittelmeer ertrunken. Viele werden auch auf ihrer Flucht von kriminellen Schlepperbanden misshandelt und ausgeraubt. Trotz des „shoot to kill“-Befehls an der Grenze verließen in den letzten Jahren Zehntausende das Land.

Hier in Deutschland betreibt der eritreische Sicherheitsdienst ein engmaschiges Überwachungsnetz, über das auch die Botschaft in Berlin und das Konsulat in Frankfurt am Main verfügen. Die deutschen Sicherheitsbehörden wissen davon, dass der eritreische Geheimdienst aktiv Exilanten ausspäht und die Szene unterwandert, aber sie unternehmen nicht viel dagegen.

Viele AsylbewerberInnen sind nicht sicher, weil ihre Verwandten und Eltern in Eritrea leben. Familienangehörige von im Ausland lebenden

Dissidenten, Wehrdienstpflichtigen und Deserteuren werden von den Sicherheitsorganen befragt und in Beugehaft genommen, damit sie den Aufenthaltsort der gesuchten Person preisgeben. Oftmals kommen die Inhaftierten nur nach Zahlung einer hohen Geldstrafe frei. Das eritreische Regime verlangt von Familien der ins Ausland geflohenen Personen „Kompensationszahlungen“ von bis zu 50'000 Nakfa (3300 US-Dollar), ihnen droht auch Enteignung.

Eritrea erhebt außerdem zwei Prozent Einkommenssteuer von allen Personen im Ausland, auch von Flüchtlingen, die inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit haben und mitunter sogar von deren Familienangehörigen. Sollte die Zahlung nicht erfolgen, werden u.a. rechtswidrig Ausweisverlängerungen verweigert. Die deutschen Behörden sind aber oft nicht bereit, ohne aktuelle Papiere die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu verlängern bzw. zu erteilen.

Wir fordern, dass die Erteilung einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nicht von der durch die Diktatur rechtswidrig erhobenen Einkommensteuer abhängig gemacht werden darf.

Wir sind solidarisch mit der Bevölkerung im Sudan und Jemen. Wir fordern die sofortige Beendigung der militärischen Aggression von Saudi-Arabien & den vereinigten Arabischen Emiraten und die Übergabe der Macht im Sudan von den Militärs an eine Zivilregierung.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung und die EU auf, sich bei der eritreischen Regierung einzusetzen

- **gegen die Inhaftierung von Familienangehörigen, weil Ihre Kinder angeblich in die benachbarten Länder geflüchtet sind,**
- **gegen die Inhaftierung von unzähligen politischen und religiösen Bürgerinnen, die unbegründet mehrere Jahre ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis sitzen,**
- **gegen jegliche Menschenrechtsverletzungen in Eritrea.**
- **dass die EU-Hilfen für Eritrea gestoppt werden, weil dadurch ein Regime unterstützt wird, das Menschenrechte verachtet**

Wir fordern die Gewährung von politischem Asyl für alle Flüchtlinge aus Eritrea!

Wir fordern den Rücktritt der eritreischen Machthaber und die Übergabe der Macht an die Zivilgesellschaft !

Wir streiten für ein friedliches, demokratisches und sozial gerechtes Eritrea
Eritrean National Congress for Democratic Change - Karlsruhe (ENCfDC)





